

geheilt werden konnte, im letzten Herbst wieder ausbrach und sehr rasch an seinen Kräften zehrte. Raymond Broger ist am 24. Oktober 1916 in Appenzell geboren worden und hat von seinen Eltern wertvolle Talente mitbekommen, von seinem Vater, der Stickereizeichner war, den Sinn für Kunst und Kultur, von seiner Mutter den wachen Geist, die Kraft des Wortes und seine Weltoffenheit.

Nach dem Gymnasium in Appenzell und in Stans und nach den juristischen Studien in Zürich, Bern und Freiburg, abgeschlossen mit einer Dissertation über den Kantonsrat von Appenzell, wirkte er in den kargen Verhältnissen seines Heimatkantons als Anwalt und Redaktor. Seine Mitbürger zögerten, dem damals recht stürmischen jungen Mann grössere Ämter zu übertragen. 1954 wurde er aber zum Bezirkshauptmann von Appenzell und in den Grossen Rat gewählt, 1960 in die Standeskommission, wo er als Landesführer Polizei- und Erziehungsdirektor war. 1966 übertrug man ihm zum ersten Mal das höchste Amt des Landammanns, der den Vorsitz in der Regierung und im Grossen Rat führt. Von 1964 bis 1971 gehörte Raymond Broger dem Nationalrat an. Seither vertrat er seinen Kanton im Ständerat.

Der breiten Öffentlichkeit ist Raymond Broger nicht nur als Parlamentarier und Regierungsmann bekannt geworden, sondern zuerst als Radiokommentator in aussenpolitischen Sendungen, als interessanter Debatter am Radio und Fernsehen und schliesslich von 1972 an als Ombudsmann der Privatversicherungen.

Raymond Broger hat sich um Land und Volk, vor allem um den Kanton Appenzell-Innerrhoden verdient gemacht, aber auch auf interkantonaler und eidgenössischer Ebene wertvolle Arbeit geleistet. Er war zum Beispiel einer der vier Weisen, die der Bundesrat für die Abklärung des Jura-Problems berufen hatte, und er wirkte mit in zahlreichen staatlichen und halbstaatlichen Organisationen.

Raymond Broger war eine eigenständige, unverwechselbare Persönlichkeit, die in ihrer Vielseitigkeit gegensätzliche Züge zu einer Einheit zu verbinden wusste, ein anregender Gesprächspartner mit reicher Bildung, grosser Belesenheit und mit festen Grundsätzen, ein hilfsbereiter, verständiger Mensch und seinen vielen Freunden ein wirklich guter Freund.

Im Namen des Rates versichere ich Volk und Regierung von Innerrhoden, die christlich-demokratische Partei und Fraktion und vor allem die Gattin des Verstorbenen, die ihm in Arbeit und Krankheit eine starke Stütze war, unserer herzlichen Anteilnahme.

Ich bitte nun die Mitglieder des Rates und das Publikum auf den Tribünen, sich zu Ehren unserer beiden Verstorbenen von den Sitzen zu erheben.

Der Rat erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen von den Sitzen

L'assistance se lève pour honorer la mémoire des défunts

Wahlprüfung und Vereidigung

Vérification des pouvoirs et prestation de serment

M. Jelmini, rapporteur: Le bureau a examiné le 29 février 1980 l'élection de M. Simeon Bühler d'Unterschappina. M. Bühler remplace notre collègue Ulrich Gadiant qui a été élu au Conseil des Etats par le peuple grison le 10 février 1980. M. Bühler est le premier remplaçant sur la liste du parti de l'Union démocratique du centre (UDC nord). Il a été déclaré élu par le gouvernement de son canton. L'élection a été publiée dans la feuille officielle du canton

des Grisons. Il n'y a pas eu de recours contre l'élection de M. Bühler et il n'existe aucun indice qu'il y ait une incompatibilité avec son mandat. Le bureau propose, à l'unanimité, de valider l'élection de M. Bühler.

Präsident: Das Büro beantragt, die Wahl von Herrn Simeon Bühler zu validieren. Ein anderer Antrag wird nicht gestellt. Die Wahl ist somit gültig erklärt. Wir kommen zur Vereidigung.

Herr Bühler wird vereidigt

M. Bühler prête serment

79.075

Zeitgesetz – Heure suisse. Loi

Botschaft und Gesetzentwurf vom 14. November 1979
(BBI III, 1005)

Message et projet de loi du 14 novembre 1979 (FF III, 1001)

Beschluss des Ständerates vom 29. November 1979

Décision du Conseil des Etats du 29 novembre 1979

Antrag der Kommission

Eintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Frau **Spless**, Berichterstatterin: Sie hatten das Zeitgesetz an die Kommission zurückgewiesen mit dem Auftrag, gewisse Dinge noch näher abzuklären. Die Kommission hat daraufhin eine Reihe von Hearings durchgeführt und sich von verschiedenen Instanzen schriftlich orientieren lassen. Mündlich hörte sie noch einmal – wie schon das erste Mal – einen Vertreter der SBB, und zwar Herrn Rietmann, Direktor der Betriebsabteilung, dann Herrn Haas von der SRG, Herrn Galli von der Swissair, Herrn Gugerli, Präsident des Schutzverbandes der Flughafengemeinden, und Herrn Hans Dickenmann, Vizedirektor des Schweizerischen Bauernverbandes. Schriftlich hat sie alle Grenzkantone der Schweiz um ihre Stellungnahme gebeten, mit Ausnahme der drei Kantone, deren Stellung schon klar war, weil sie eine Standesinitiative in dieser Sache ergriffen haben. Alle Grenzkantone haben sich eindeutig und mit verschiedener Gewichtung der Argumente für die Einführung der Sommerzeit erklärt, und zwar sobald als möglich.

Bei der mündlichen Befragung waren eindeutig für die möglichst rasche Einführung der Sommerzeit die SBB und die SRG, die SBB aus den Gründen, die wir schon das letzte Mal besprochen haben und die ich darum, glaube ich, nicht noch einmal erwähnen muss, die SRG wegen der Schwierigkeiten von Radio und Fernsehen in bezug auf die Sommerzeit, über die wir uns das letzte Mal schon unterhalten haben.

Gegen die Einführung der Sommerzeit sprachen sich aus: die Swissair – alle europäischen Luftfahrtgesellschaften haben Schwierigkeiten, sich auf die Sommerzeit einzustellen, vor allem wegen der interkontinentalen Flüge, das ist klar –, dann Herr Gugerli im Namen der Schutzverbände der Flughafengemeinden und schlussendlich noch aus Genf eine weitere Gruppe, die offensichtlich nicht angefragt worden ist, obwohl Herr Gugerli anscheinend Präsident aller Flughafengemeinden ist. Herrn Gugerli liegt nicht so sehr an der Sommerzeit, er ist kein Feind der Sommerzeit, er ist nur besorgt darüber, ob die Nachtzeit auch genügend eingehalten wird. Herr Gugerli hofft aber, dass mit der Swissair ein vernünftiger Kompromiss gefunden

den werden kann, der den Anwohnergemeinden der Flughäfen die nötige Nachtzeit garantiert.

Damit zeigt sich die Situation, was die Einführung der Sommerzeit betrifft, kaum anders als sie vor zwei Monaten war, einmal abgesehen davon, dass mit der Verschiebung des Beschlusses auf die Märzsession der Volksabstimmung von vor zwei Jahren mehr Rechnung getragen wurde.

Das Resultat der Abstimmung in der Kommission war dann auch das folgende: Es haben sich sieben Mitglieder für die Einführung der Sommerzeit und drei dagegen ausgesprochen. Mit einer Abstimmung von sieben zu drei habe ich Ihnen daher Zustimmung zur Einführung der Sommerzeit zu beantragen.

Eine Frage, die noch gelöst werden muss, ist die folgende: Bis Mitte September muss der politische Entscheid vorliegen, weil dann die internationalen Fahrplankonferenzen stattfinden, die die Fahrpläne für 1981 festlegen und diejenigen für 1982 diskutieren. Es ist darum nicht denkbar, dass der Nationalrat das Geschäft noch auf eine weitere Session verschiebt, ansonsten die Referendumsfrist ein rechtzeitiges Agieren der SBB verunmöglicht. Mit der heutigen Behandlung dauert die Referendumsfrist bis Ende Juni. Bis dann sollte der Bundesrat einigermassen sehen, wie schwierig die Situation für die SBB ist, wie sich die Swissair mit der Sommerzeit abfinden kann und wie die Bauern sich künftig zu ihr stellen werden.

Weil es uns daran liegt, dass der Bundesrat alle Konsequenzen und Wertungen der Sommerzeit, wenn diese bei unseren Nachbarstaaten eingeführt ist, noch einmal prüfen kann, haben wir in der Kommission – mit allen gegen eine Stimme – beschlossen, ein Postulat mit dem Gesetz zu verbinden, das vorsieht, dass der Bundesrat erst kurz vor dem unmittelbar nötigen Termin die Einführung der Sommerzeit beschliesst. Unser Gesetz ist ja ein Vollmachtengesetz, das dem Bundesrat das Recht gibt, die Sommerzeit einzuführen; das würde also im August der Fall sein. Zugleich haben wir beschlossen, den Bundesrat zu ersuchen, im Rechenschaftsbericht jedes Jahr über die Erfahrungen mit der Sommerzeit zu berichten.

Damit ist, glaube ich, für den Moment alles Wichtige gesagt. Ich nehme an, dass Sie nicht von mir verlangen, dass ich Ihnen alle Argumente pro und contra, über die wir ja das letzte Mal reichlich diskutiert haben, jetzt noch einmal vorlege. Ich bitte Sie um Eintreten und um Zustimmung.

M. Felber, rapporteur: Au mois de décembre, lors de la précédente session, votre conseil avait en fait repoussé une proposition de non-entrée en matière, décidant ainsi d'accepter la discussion sur l'introduction de l'heure d'été, plus exactement sur l'élaboration d'une loi fédérale sur l'heure en Suisse.

La majorité du Conseil national renvoyait la discussion de détail à votre commission, de manière à ce que celle-ci puisse se prononcer sur la base de détails qui lui seraient communiqués par les différents milieux intéressés par ce problème de l'introduction de l'heure d'été. La commission s'est donc réunie le 11 février dernier. Il semble inutile aujourd'hui de rappeler tout ce qui a été discuté déjà dans cette salle; il n'est pas temps de perdre une heure. Je rappellerai donc brièvement que la commission a entendu les représentants de la Direction générale des CFF, de la Direction de la Société suisse de radio-diffusion, toutes deux entreprises qui sont favorables à l'introduction de l'heure d'été pour les motifs qui ont déjà été évoqués par écrit et oralement dans cet hémicycle. Nous avons pris la peine également d'écouter avec attention ceux pour lesquels l'introduction de l'heure d'été pose un réel problème. Il s'agit tout d'abord des milieux de l'agriculture représentés par l'Union suisse des paysans, qui ont rappelé les difficultés que pouvaient présenter, en particulier, l'allongement de la durée du travail dû au fait que l'agriculture suit davantage le cours du soleil que les heures

mesurées à l'aune de l'homme. Ensuite des représentants de Swissair. Nous savons, en effet, que la plupart des compagnies aériennes européennes rencontrent elles aussi un certain nombre de difficultés avec l'heure d'été puisque les liaisons intercontinentales ne peuvent naturellement pas tenir compte de la modification momentanée des fuseaux horaires dans un seul secteur du monde. Enfin, les riverains d'aéroports. Nous avons écouté ceux de Zurich-Kloten qui ont également indiqué ce que cela représentait comme problème pour ceux de la région de Cointrin. Ils se sont catégoriquement opposés à l'introduction de l'heure d'été, craignant de voir diminuer les heures au cours desquelles toute navigation aérienne est interdite sur nos deux aéroports intercontinentaux.

Pesant et soupesant les intérêts de chacun, les intérêts sectoriels quelquefois, et les opposant à l'intérêt général du pays, décidant en outre qu'il était impossible de maintenir la Suisse sous la forme d'une île au milieu de l'Europe, tenant compte également de l'avis de tous les cantons frontaliers qui avaient favorablement accepté et proposé même, par la voie d'initiatives cantonales, l'introduction de l'heure d'été, tenant compte aussi de certains sondages d'opinion qui avaient montré que la population semblait – semblait je dis bien – avoir changé d'avis – c'était le cas d'une manière très précise dans certains cantons – votre commission, par 7 voix contre 3, a décidé d'entrer en matière et d'admettre la loi sur l'heure en Suisse qui en définitive permettra au Conseil fédéral d'introduire l'heure d'été. Il pourra le faire après le délai référendaire de trois mois qui suivra la prise de position du Conseil national et de l'Assemblée fédérale en votation finale, pour autant que nous nous mettions d'accord; cela signifie que le Conseil fédéral ne pourra introduire l'heure d'été que dans le courant de l'année 1981. Mais il est indispensable que notre gouvernement sache quelle décision il pourra prendre et ceci en fonction de la séance de la conférence européenne des horaires qui se tiendra au début de l'automne 1980 et à laquelle participeront les Chemins de fer fédéraux. Il est indispensable que, dès septembre 1980, la direction des CFF soit parfaitement au courant de l'introduction ou de la non-introduction de l'heure d'été à partir de l'année 1981, pour que l'établissement des horaires sur l'ensemble de l'Europe puisse être ainsi décidé, avec la participation active de notre régie de transports publics.

Nous vous invitons donc à suivre votre commission, à entrer en matière et à voter la loi sur l'heure en Suisse qui permettra l'introduction de l'heure d'été dans notre pays.

La commission, par ailleurs, a adopté un postulat qu'elle soumet également à votre approbation. Ce postulat peut sembler sans doute un combat d'arrière-garde puisqu'il demande au Conseil fédéral de bien vouloir tenir compte, avant de prendre sa décision, des expériences qui auraient été faites dans les Etats avoisinants qui auraient, il y a quelques années ou même récemment, décidé l'introduction de l'heure d'été et de peser ainsi les avantages et les inconvénients de cette nouvelle méthode. Mais, d'autre part, ce postulat préconise aussi que le Conseil fédéral devra chaque année, dans son rapport de gestion, indiquer les résultats qu'il a enregistrés, les expériences qu'il a faites et les inconvénients et avantages de ce nouveau système. Nous rappelons également, à cette occasion, que la formule putative qui figure dans le projet de loi permettrait au Conseil fédéral, le cas échéant, de changer d'avis et de suspendre l'heure d'été pour les années qui suivraient.

Basler: Von den wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die uns der Rat weiter abklären hiess, erläutere ich die beiden Bereiche Flugverkehr und Energie.

Was den Flugverkehr anbetrifft, so sind die wichtigsten Flughäfen der Welt überlastet und die den einzelnen Luftverkehrsgesellschaften zugestandenen Start- und Landzeiten mühsam erhältlich, aber ganzjährig gültig. Nur ein Viertel aller Staaten kennt Sommerzeit und dieselbe mit

20 verschiedenen Start- und Landezeiten. Bei Schweizer Sommerzeit müsste die Swissair bei den massgebenden Interkontinentalflughäfen versuchen, zwei Start- und Landezeiten zu blockieren. Sie schätzt die Ertragsausfälle durch sommerliches Abweichen von der bisher beachteten Standardzeit auf 80 Millionen Franken pro Jahr.

Nun könnte man ja das heutige, also auf Greenwich-Mean-Time basierende Flugplansystem beibehalten; dadurch geraten wir aber von den wirtschaftlichen in die politischen Schwierigkeiten. In der Zürcher Flughafenregion würde die Nachtruhe zwischen 11 und 12 Uhr nachts durch 34 Flüge wöchentlich gestört und während der heute letzten Flugstunde zwischen 22 und 23 Uhr würden die Flugbewegungen um das Zweieinhalbfache zunehmen. Von der Swissair allein wären es mehr als 80 pro Woche. Wegen dichter Besiedlung ist in den Agglomerationen Zürich und Genf auch der übrige Verkehrslärm höher als im Landesdurchschnitt. Daher dürfen zusätzliche Nachtruhestörungen nicht unesehen verlangt werden. Der Flughafen muss von der Bevölkerung getragen werden. Noch dieses Jahr wird vom Zürcher Volk Zustimmung zu einem Kredit von 48 Millionen Franken für Pistenverbesserungen und Standplatzweiterungen verlangt.

Wir stellen also fest, dass der Schutzverband der Flughafengemeinde nicht bereit ist, ohne Kampf den heute erreichten Stand der Nachtruhe aufzugeben, dass es andererseits der Swissair nicht zuzumuten ist, den Ertragsausfall hinzunehmen, den ihr die Sommerzeit bringen würde, wenn ihre Flugpläne unserer Lokalzeit folgen müssten.

Gleichsam als Kompromiss bei mittlerer Unzufriedenheit würde die Swissair vorschlagen, dass alle ihre Flüge um eine halbe Stunde gegenüber Weltzeit verschoben würden. Die Anwohner des Flughafens würden somit ihre Nachtruhe im Winter wohl eine halbe Stunde früher verlieren, aber im Sommer nur eine halbe Stunde später erhalten. Der wirtschaftliche Nachteil dieser Lösung besteht darin, dass es zwei bis drei Jahre dauern wird, bis die Start- und Landezeiten auf allen angeflogenen Flugplätzen neu bewilligt sind und dass bei Abbruch des Experimentes Sommerzeit sie diesen langwierigen Prozess wieder rückgängig auszuhandeln hätten. Im Jahr des Flugplanwechsels entstünden Ertragsausfälle von 30 bis 40 Millionen Franken, nachher würden die Verluste abnehmen.

Und nun zum Hinweis auf Energieeinsparung durch die Sommerzeit. Wir danken hier dem Bundesrat für das durch das Bundesamt für Energiewirtschaft ausgearbeitete, mit vernünftigem Aufwand erstellte Gutachten. Es hält fest, dass der Jahresverbrauch an Energie, wie vermutet, durch die Sommerzeit nur in kleinem Ausmass verändert wird; aber das Vorzeichen ist anders als angenommen. Die Einführung der Sommerzeit bedeutet Mehr-, nicht Minderverbrauch an Energie. Ein Mehrverbrauch an Endenergie von zirka zwei Promille des gesamtschweizerischen Jahresverbrauches bedeutet volkswirtschaftlich auch 20 Millionen Franken Mehrauslagen pro Jahr. Man erfährt aus dieser Studie auch, dass das Belüftungsheu bereits mehr als ein Drittel am gesamten Dürrfutter beträgt. Die Endtrocknung auf dem Felde wird durch Sommerzeit um die wertvollste Tagesstunde verkürzt.

Die grössten Mehrverbrauchsposten an Energie entstehen durch vermehrte morgendliche Uebergangsheizung an den Arbeitsplätzen und abends in vermehrtem Freizeitverkehr. Sie überwiegen die etwa 60 Millionen kWh eingesparte Beleuchtungsenergie.

In unserem Postulat ersuchen wir den Bundesrat, solche wirtschaftlich und politisch aufgedeckten Faktoren mit den Nachteilen abzuwägen, die aus Nichteinführung der Sommerzeit entstehen. Die Nachteile werden wir ab 6. April direkt erleben. Der Bundesrat möge uns daher zusichern, dass er erst so viel Erfahrung mit unserer beibehaltenen Standardzeit sammeln werde, wie ihm zeitlich möglich ist, bevor er über die Sommerzeit 1981 entscheide.

Wird die Sommerzeit doch eingeführt, so werden wir die Reaktionen auch erleben und eine neue Ueberprüfung vor-

nehmen, wie dies das Postulat im zweiten Abschnitt verlangt.

Dieses Zeitgesetz wird nun von der Ratsmehrheit Zustimmung erhalten. Dies nicht aus Begeisterung für Sommerzeit, sondern um Nachteile der Zeitinsel abzuwenden. Daher sind auch in der SVP-Fraktion die Meinungen geteilt. Wir ersuchen den Bundesrat, er möge bei allen Koordinationsgesprächen mit den Regierungen der Nachbarländer auf Abschaffung der Sommerzeit hinwirken, denn die Umtriebe und Schwierigkeiten daraus stehen in keinem Verhältnis zu den Vorteilen. Ich habe in der Dezembersession einige Argumente aufgeführt, die die Sommerzeit für die Schweiz wegen ihrer besonderen geographischen Lage und ihrer Bebauung des Landes erschweren. Sie könnten als Grundlage für solche Gespräche dienen. Ergänzen möchte ich jene Aufzählung besonderer Erschwernisse durch folgende Feststellungen:

Wir haben als kleines Land keinen nennenswerten internen Luftverkehr, der die Grundlage eines Flugnetzes sicherstellt. Als Binnenland sind wir auf die Luftwege zur weiten Welt angewiesen. Wir haben aber den grössten Flughafen in einem Kanton, dessen Siedlungsdichte höher ist als im dichtestbesiedelten Bundesland Deutschlands, also in Nordrhein-Westfalen, und der damit auch eine überdurchschnittliche Lärmbelastung trägt. (Das gilt auch für Genf.) Wir kennen eine weiterreichende föderalistische Grundordnung als irgendwo auf der Welt. Selbst über Tiefbauarbeiten an Flugpisten muss die Zustimmung durch Männer und Frauen des Trägerkantons eingeholt werden. Das Nachtflugverbot ist aus diesem Volkswillen heraus entstanden.

Wir sind an sich schon ein Volk von Frühaufstehern. Wir haben das dichteste Eisenbahnnetz der Welt und darauf einen beträchtlichen täglichen Berufsverkehr mit Frühzügen zu Regionalzentren. Die Spannungen werden grösser, wenn die Fahrplangebundenen (also die Arbeiter, Lehrlinge und Mittelschüler) gezwungenermassen eine Stunde früher ihr Haus verlassen müssen, während jene, die es sich leisten können, auf das individuelle Verkehrsmittel umzusteigen, auf Sommerzeit pochen. Diese geniessen meist auch das Vorrecht gleitender Arbeitszeit, was ihnen individuelles, nicht kollektiv verordnetes Frühaufstehen erlauben würde, wenn sie ihre Freizeit vorverlegen wollen.

Wir geben uns Mühe, durch naturgerechte Architektur und Anleitungen in den Uebergangsjahreszeiten die Sonne so oft wie möglich direkt zur Aufwärmung unserer Arbeitsräume und Häuser zu nutzen. Aber dieses passive Einfangen der Sonnenenergie geschieht mit zeitlicher Verzögerung. Die besonnten Räume sind abends sonnenenerwärmt, nicht frühmorgens. Daher ist ein Vorverlegen der Arbeitszeit bei uns energiepolitisch kontraproduktiv. In warmem oder heissem Klima ist das anders. Dort hat Sommerzeit energiepolitisch einen Sinn. So muss in den USA vor allem Energie für Raumklimatisierung gespart werden, denn ihre Verbrauchsspitzen an Elektrizität sind im Sommer grösser als im Winter.

Aus all diesen Gründen sollten all jene, die sich um europäische Zusammenarbeit bemühen, sich auch um die Abschaffung dieses mitteleuropäischen Gesellschaftsspiels mit Zwangscharakter kümmern. Denn wenn die Früchte der engen Zusammenarbeit in Sachzwängen enden, die ein kleines, zentral gelegenes Land gegen seinen Willen in die Lage drängen, Lebensgewohnheiten zu ändern, so fallen Integrationsbemühungen auf steinigem Boden.

In unserer halbdirekten Demokratie ist der Bürger verpflichtet, mitzudenken, gar mitzuentcheiden. Aber auf seine Frage, warum die 6,3 Millionen Einwohner zweimal pro Jahr gleichsam auf Kommando die Uhren verstellen sollen, haben wir keine kräftigere Antwort als die: weil es unsere Nachbarstaaten auch so machen. Auf die Anschlussfrage, warum sie es täten, müssen wir gestehen, dass die internationale Verflechtung offenbar so hoch ist, dass ein Entscheid in Ostdeutschland genügt, um über die Enklave Berlin die Bundesrepublik, und mit dieser Oesterreich, zu diesen Zeitverschiebungen zu zwingen. Ist das der Preis

des Fortschritts? Ich frage: Ist das erhöhte Lebensqualität?

Günter: Die unabhängige und evangelische Fraktion opponiert dieser Vorlage nicht. Wir können aber nicht verhehlen, dass bei der Beratung ein ungutes Gefühl uns nicht verlässt, weil wir eindeutig daran sind, gegen einen Volksentscheid anzugehen, der kaum ein Jahr alt ist. Im Gegensatz zu den Behauptungen vieler Kommentatoren, namentlich bei Radio und Fernsehen, bleibt festzuhalten, dass man letztes Jahr haargenau über den nun eingetretenen Fall abgestimmt hat. Es wurde nämlich dem Volke die Frage vorgelegt, ob man dem Bundesrat nicht die Kompetenz geben könnte, die Sommerzeit einzuführen, wenn sie in unseren Nachbarstaaten auch eingeführt werden sollte. Und das Volk hat diese Frage klar mit einem Nein beantwortet.

Der Unterschied zu 1978 besteht jetzt lediglich darin, dass die voraussehbare Entwicklung, wie sie in der Vorlage prophezeit wurde, nun eingetreten ist. Wer etwas anderes behauptet, hat die Vorlage bei der letzten Volksabstimmung nicht gut studiert. Möglicherweise hat sich tatsächlich inzwischen die Volksmeinung gewandelt, vor allem unter dem Bombardement der Argumente für die Sommerzeit in den Massenmedien anlässlich der letzten Debatte in diesem Rat hier.

An diesen Strohhalme klammere ich mich hoffnungsvoll, wie andere Redner dann wahrscheinlich auch, wenn ich nun nicht gegen diese Vorlage auftrete, wie ich das eigentlich als Oppositionsmitglied tun müsste. Ganz sicher bin ich aber über die Volksmeinung immer noch nicht. Man könnte sie vermutlich nur herausfinden mit einer neuerlichen Volksabstimmung, und das Resultat könnte unter Umständen überraschend ausfallen.

Es ist mir auch nicht wohl, dass es gerade technische Argumente sind, wie Bahnanschlüsse und ähnliches, die gegen die rechtsstaatlichen Bedenken ins Feld geführt werden. Wir alle wissen um die Gefahren, wenn nach dem Motto «der Zweck heiligt die Mittel» technokratische vor rechtsstaatliche Überlegungen gestellt werden. Die Bedenken sind etwas kleiner geworden, nachdem man sich nun offenbar an das Geschäftsreglement hält und nicht mehr die Vorlage in quasi-Notrecht in einer Session durch beide Räte peitschen will.

Gewiss, die feste Haltung des Nationalrates vom November gibt vorübergehend verschiedenen Institutionen, darunter der SBB, Probleme auf. Aber aus gewissen Gründen wollte unser Volk das offenbar so. Wenn wir uns nun umbesinnen, ist es richtig, dies mit Bedacht zu tun; durch überhastetes Funktionieren und rasches Hüsthott wird sonst das Vertrauen des Volkes in seine Behörden endgültig erschüttert.

Der jetzt gewählte Weg scheint uns gangbar zu sein, vor allem auch, nachdem das Postulat der Kommission des Nationalrates eingereicht wurde, das wir unterstützen. Friedrich Salzmann hat einmal gesagt, dass die Demokratie ein ständiger Lernprozess sei. Die Sommerzeitvorlage demonstriert die Richtigkeit dieser Aussage, indem sowohl Parlament wie Volk offenbar und ungenügend unter dem Zwang äusserer Umstände umdenken müssen. Ich beantrage Ihnen namens der unabhängigen und evangelischen Fraktion Zustimmung zur Vorlage.

M. Crevoisier: Le groupe du Parti du travail, du Parti socialiste autonome et des organisations progressistes de Suisse accepte le projet de loi réglementant l'heure en Suisse. Nous l'avons déjà annoncé lors de la dernière session en présentant les arguments économiques et sociaux militant en faveur de l'harmonisation de l'heure légale dans tous les pays européens qui nous entourent. Nous avons également attiré l'attention de ce conseil sur la légitimité des réserves formulées à ce sujet essentiellement par les milieux paysans et sur la nécessité de trouver des solutions aux problèmes pratiques de ces mêmes

milieux. Nous ne reviendrons donc pas sur ces différents points.

Disons d'emblée que nous respectons parfaitement ceux qui restent fondamentalement opposés – pour des motifs tout à fait honorables – à ce que la Suisse mette sa montre à l'heure de l'Europe. En revanche, nous nous moquons gentiment de ceux – et il y en a – qui, de façon très égocentrique, voudraient montrer à nos voisins ce qu'il leur en coûtera de vivre ainsi avec une heure d'avance sur nous. Nous comprenons en outre parfaitement ceux qui, lucides et fatalistes, constatant le retard de la Suisse – qui se mesure en années –, notamment dans le domaine social, se disent avec philosophie: «Qu'importe, dans ces conditions, une heure de plus ou de moins!»

Mais nous ne voudrions pas manquer de nous adresser à ceux qui, en décembre dernier, se sont opposés à l'introduction en 1980 déjà, de l'heure d'été et qui sont aujourd'hui prêts à l'accepter pour 1981. Nous ne pouvons nous empêcher de nous étonner de ce comportement velléitaire. Certains affirmaient vouloir ainsi respecter la décision du peuple qui, quelques mois plus tôt avaient dit non à un projet de loi modifiant les compétences en cette matière. Ces parlementaires ne sauront nous convaincre qu'ils ont aujourd'hui de bonnes raisons de faire abstraction de ce vote négatif du 28 mai 1978. D'autres – et ils l'ont également déclaré à cette tribune en décembre – ont voulu que les citoyens et les citoyennes de Suisse alémanique expérimentent en 1980, comme les Romands et les Tessinois y ont été contraints durant quelques années, les inconvénients d'un décalage horaire. A qui fera-t-on croire que cette attitude de «Schulmeister» punissant des élèves récalcitrants était elle-même très respectueuse du suffrage universel?

Nous nous sommes permis de faire ces quelques remarques parce que d'aucuns ont cru pouvoir nous donner, lors de la dernière session, une leçon de démocratie. Nous voulons donc rappeler que c'est pleinement conscients de leur devoir de parlementaires et respectueux des volontés de leurs mandants que les députés du groupe du Parti du travail, du Parti socialiste autonome et des organisations progressistes de Suisse, après examen de la situation créée par la décision de l'Allemagne et de l'Autriche d'introduire, après la France et l'Italie, l'heure d'été en 1980, avaient en décembre déjà conclu à la nécessité de faire de même en Suisse. Il n'y a aucune raison aujourd'hui qui justifierait un changement d'attitude sur ce point. Nous accepterons donc le projet de loi qui est une nouvelle fois – et nous l'espérons une dernière fois – soumis à ce Parlement.

Kunz: Als das Zeitgesetz erstmals in den beiden Kammern beraten worden ist, wurde es als politisches Leichtgewicht betrachtet. Keine Fraktionssprecher traten auf. Seither ist das Referendum, ist die Volksabstimmung über die Bühne gegangen und unser Volk ist für das Zeitgesetz sensibilisiert worden. Tatsächlich wollte man in den Jahren 1977 und 1978 nichts anderes als die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, wer eigentlich über die Zeit zu bestimmen hat. Man wollte dem Bundesrat dafür die Kompetenz erteilen. Seither hat dieses Zeitgesetz einen staatspolitischen Aspekt erhalten, jenen nämlich, ob und gegebenenfalls wann sich das Parlament über einen ganz klaren Volksentscheid hinwegsetzen kann. Dass es sich einmal darüber hinwegsetzen kann und muss, ist uns allen klar, sonst wäre ja das Frauenstimmrecht nicht eingeführt worden. Es handelt sich um eine Frage des Tempos, der Zeit. Meine Fraktion hat seinerzeit das Zeitgesetz quasi einstimmig unterstützt. Im Verfahren hat sie aber die Auffassung geäußert, es sei richtig, wenn man hier nicht den Dringlichkeitsweg oder den überstürzten Weg gehen, sondern wenn man hier das ordentliche Verfahren durchführen würde, auch wenn damit die Sommerzeit auf das Jahr 1980 nicht eingeführt werden kann, mit allen negativen Auswirkungen, die uns allen bekannt sind. Sie ist dabei von einem Wort von Bun-

desrat Ritschard ausgegangen – es wird ihm zugeschrieben, er kann dann selber sagen, ob er es gesagt hat –: Es habe keinen Zweck, über unser Volk zu schimpfen, wir hätten ja kein anderes. Und ich glaube, vor dieser Situation stehen wir heute auch. Wir müssen zwar den Volksentscheid akzeptieren, aber er ist keine heilige Kuh, deren Heiligschein allzu lange leuchten soll.

Seit der Volksabstimmung sind zwei Sachen eingetreten: nämlich der Entscheid von Oesterreich und von Deutschland, den man vorher annahm, dessen man aber nicht sicher war – das ist eine neue Situation –, und das zweite, dass offenbar seither die Volksmeinung anders geworden ist. Das ist eine unsichere Annahme, die wir nicht allzu stark gewichten sollten. Aber Bundesrat und vorbereitende Kommission sind der Meinung, diese beiden Gründe genügen, um jetzt wiederum dem Parlament eine Vorlage zu unterbreiten. Die Vorteile dieser Vorlage sind doch offensichtlich: Fahrplan, öffentlicher Verkehr, Tourismus, Grenzgänger, Fernsehen, das Ansehen der Schweiz, die Zeitinsel usw. Die negativen Aspekte sind, was den Flugverkehr betrifft, bereits durch einen Fraktionssprecher dargelegt worden. Ich möchte hier nur sagen, dass es noch einen weiteren negativen Aspekt gibt, nämlich den Aspekt der Arbeitszeitverlängerung in der Landwirtschaft. In den Medien, in der Öffentlichkeit sind diese Ueberlegungen der Landwirtschaft ein wenig lächerlich gemacht worden. Meines Erachtens zu unrecht. Man mutet hier der Landwirtschaft eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit zu in einem Zeitpunkt, wo überall sonst in unserem Lande die Tendenz dahingeht, die Arbeitszeit sei zu verkürzen. Bei der Landwirtschaft ist das nicht im gleichen Umfange möglich. Wenn in der ganzen Schweiz die Uhren um eine Stunde vorgerückt werden, so gehen eben die Schulen, die Läden, die Banken, die Arbeitsplätze für die nebenamtlich tätigen Bauern eine Stunde früher auf. Aber am Abend kann der Bauer das Gras nicht unter Sonneneinwirkung schneiden, er muss den Sonnenuntergang abwarten. Auch beim besten Willen muss er zu gewissen Zeiten eine längere Arbeitszeit in Kauf nehmen. Nun gilt es für uns, das Problem abzuwägen. Auf der einen Seite der Luftverkehr und die Landwirtschaft, auf der andern Seite die Vorteile, die wir alle kennen und die Situation in ganz Mitteleuropa. Und da, glaube ich, ist es klar, dass die Waage für das Zeitgesetz gesenkt werden muss, und aus diesem Grunde stimmt unsere Fraktion der Vorlage zu. Sie stimmt auch dem Postulat zu. Wenn mit diesem Postulat bewirkt werden kann, dass das Referendum nicht ergriffen wird und dass uns damit eine neue Volksabstimmung erspart wird und unserem Lande kein Schaden im Ausland erwächst, so ist auch mit dem Postulat bereits viel erreicht, und ich möchte Sie bitten, auch diesen Aspekt bei der Behandlung des Postulates gebührend zu würdigen.

M. Darbellay: Le groupe démocrate-chrétien, que je représente ici, accepte le projet de loi tel que présenté. Le renvoi de décembre à la commission, même s'il a été jugé peu opportun par certains, a présenté en tout cas deux avantages. D'abord, il nous a donné l'occasion de connaître plus largement l'opinion publique et nous avons pu voir que cette opinion reste fidèle à deux principes importants de notre démocratie. Tout d'abord en démocratie, les minorités doivent accepter les décisions de la majorité. Un deuxième principe qui me paraît tout aussi important, c'est que les majorités doivent accepter que leurs décisions soient remises en question, spécialement au moment où, comme ici, il se présente des faits nouveaux. Je ne reviendrai pas sur ces faits, ils ont été évoqués à cette tribune.

L'autre avantage de ce renvoi a été de donner au Conseil fédéral l'occasion de consulter les cantons limitrophes. Et nous avons remarqué que tous ces cantons étaient unanimes à soutenir l'introduction de l'heure d'été avec des nuances, bien entendu, puisque se référant à la situation actuelle, certains parlent d'inconvénients et d'autres la traitent de catastrophique. Je pense qu'il ne faut pas voir

de catastrophe là où il n'y en a pas, mais tous les cantons nous rappellent les inconvénients à rester solitaires au milieu de l'Europe. Ces inconvénients touchent les frontaliers, le trafic ferroviaire, le tourisme; même les cantons de Genève et de Zurich, touchés directement par les aéroports, pensent que l'introduction de l'heure d'été a plus d'avantages que d'inconvénients.

Parmi les avantages nouveaux, évoqués lors de cette consultation, je citerai celui qui nous est donné par le monde des affaires, qui nous dit: «Avec la situation que nous sommes en train de créer, pendant une heure le matin, les étrangers ne pourront pas avoir de contact avec nous et, pendant une heure le soir, nous ne pourrions pas avoir de contact avec les étrangers, ce qui fait deux heures mortes pour le monde des affaires.» Je reprendrai encore un argument des CFF, puisqu'on nous a répété également à cette tribune, au mois de décembre, que les CFF avaient bien dû s'adapter aux changements d'horaire de l'Italie et de la France, pourquoi ne s'adaptent-ils pas aujourd'hui à un changement général?

Le problème est ici fondamentalement différent. L'année dernière et les années précédentes, la France et l'Italie changeaient leur horaire d'une manière absolument indépendante. L'une au début d'avril ou à la fin de mars, l'autre à fin mai, si bien que ces pays devaient eux-mêmes s'adapter à la circulation européenne. Tandis qu'aujourd'hui, alors que nous serons seuls à avoir notre heure au milieu de l'Europe, ce sont les CFF qui devront faire l'effort et qui devront éditer un troisième horaire et cette édition devrait se répéter chaque année si nous n'introduisons pas l'heure d'été. Il y a bien entendu des inconvénients à cette introduction, nous en sommes conscients, ce sont les inconvénients qui ont été présentés par les milieux de l'agriculture, ce sont les inconvénients qui ont été présentés au sujet des aéroports. Mais si nous essayons de peser le pour et le contre, nous nous rendons compte que les avantages l'emportent nettement et c'est pourquoi le Parti démocrate-chrétien votera ce projet. Par contre, à cause des problèmes soulevés et des inconvénients, nous demandons également d'appuyer le postulat de la commission pour que le Conseil fédéral attende le mois de septembre et les premières expériences faites avant de décider d'introduire l'heure d'été et pour que, chaque année, il nous rapporte sur les conséquences de cette introduction.

M. Gautier: C'est, sauf erreur, la troisième fois que je viens à cette tribune dire que le groupe libéral soutient le projet de loi en faveur de l'heure d'été. Je ne vais donc pas vous redire pourquoi, les autres groupes l'ont suffisamment expliqué. Il nous semble évident que les avantages l'emportent de loin sur les inconvénients même si, lors de notre session de décembre, nous avons soutenu la solution qui consistait à renvoyer à mars la décision.

Si je suis venu quand même à cette tribune, c'est parce que je voudrais, mandaté en partie par le gouvernement de mon canton, poser une question au chef du Département fédéral des finances et des douanes concernant l'aéroport de Cointrin. Monsieur le Conseiller fédéral, vous êtes au courant: l'introduction de l'heure d'été va poser des problèmes très délicats aux aéroports suisses en général et à Cointrin en particulier. En effet, comme le dit une lettre du Conseil d'Etat genevois, l'instauration de l'heure d'été en Suisse aurait des conséquences négatives sur la desserte de l'aéroport de Genève et partant de toute la région environnante, en ce sens qu'elle pourrait entraîner la suppression de certains vols, en particulier de longs-courriers, tout en augmentant les mouvements de nuit. Les horaires des longs-courriers sont conçus et établis en heure GMT alors que la réglementation des vols de nuit sur les aéroports suisses s'expriment en heure locale. Cela revient à dire que les décollages et les atterrissages à Genève en direction de l'Amérique et de l'Afrique du Sud, prévus à 22 h 35, seraient déplacés avec une heure

d'été correspondante après 0 h 30. Cela est tout à fait intolérable et nous avons, tout au moins les députés genevois, reçu déjà des protestations des riverains de l'aéroport dont on ne peut pas ne pas tenir compte.

Alors je voulais vous demander, Monsieur le Conseiller fédéral – je sais que le Conseil d'Etat genevois s'occupe du problème, qu'il est en tractation avec la Swissair – mais ne pensez-vous pas que l'Office fédéral de l'air ou un conseiller fédéral ne puisse aider, par ses bons offices, à régler ce problème avec la Swissair – même s'ils n'ont pas de pouvoir juridique sur celle-ci – car il ne faut ni que l'aérodrome de Contrin soit privé d'atterrissages ou de décollages, ni que les riverains de l'aéroport aient à en souffrir. Il faut trouver une solution. C'est à la Swissair à la trouver mais j'aimerais beaucoup que vous puissiez me dire que le Conseil fédéral est prêt à aider à trouver cette solution.

Meler Werner: Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion ersuche ich Sie, der Vorlage zuzustimmen, und zwar mit den gleichen Argumenten wie sie nun wiederholt hier vertreten worden sind. Ich will mich bemühen, nach Möglichkeit nichts zu wiederholen. Gestatten Sie mir dennoch einige Gedanken zur ganzen Diskussion.

Es ist wohl jedermann in diesem Saale klar, dass sich unser Land in der Frage der Einführung der Sommerzeit in einer gewissen Zwangslage befindet. Wir müssen vermeiden, eine Zeitinsel mit allen damit zusammenhängenden negativen Auswirkungen, auf die aufmerksam gemacht worden ist, zu werden. Es wäre ja nicht mehr sinnvoll, über Probleme und Anliegen einer europäischen Zusammenarbeit und deren Intensivierung zu diskutieren, wenn wir uns nicht einmal in dieser Frage zu einem europa-konformen Entscheid durchzuringen vermöchten.

Für die Probleme, die sich für die Landwirtschaft in diesem Zusammenhang ergeben, habe ich alles Verständnis. Ich habe das auch in der Kommission bekundet. Immerhin glaube ich doch hier sagen zu dürfen, dass es sich um Probleme handelt, die zu bewältigen sind. Sie müssen ja auch von den Landwirten in den andern Ländern, die die Sommerzeit haben, bewältigt werden; sie können auch bewältigt werden.

Eine gewisse Schwierigkeit ist soeben erwähnt worden, und zwar für die Flugplatzanwohner. Der Sprecher der Schutzvereinigung der Flughafenanoher hat diese Probleme dargelegt. Ich war davon eigentlich recht beeindruckt. Es ist nun auch noch ein Schreiben gekommen aus Genf, wo der Wunsch von diesen Flugplatzanwohnern ausgedrückt wird, es sollten auf alle Fälle zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens keine Abflüge mehr erfolgen. Für dieses Anliegen habe ich ebenfalls Verständnis; ich glaube aber, so, wie man dann die Ausführungen des Swissair-Vertreters in der Kommission gehört hat, sollten auch diese Probleme lösbar sein.

Ich möchte lediglich noch darauf hinweisen – es ist ja bei den Grenzkantonen eine Rundfrage angestellt worden –, dass sämtliche Grenzkantone sehr deutlich die Einführung der Sommerzeit aus ihrer besonderen Situation heraus befürwortet haben. Sie haben auch auf ernstzunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten hingewiesen (vom Bahnverkehr gar nicht zu sprechen), die entstehen würden, wenn wir auf die Einführung der Sommerzeit verzichten.

Ein Problem, das hier noch nicht Erwähnung gefunden hat, aber meines Erachtens auch aus menschlicher Sicht von Bedeutung ist, ist jenes der Grenzgänger. Dazu haben sich die verschiedenen Kantone geäußert; es handelt sich um die 40 000 Grenzgänger, die von der Nichteinführung der Sommerzeit recht hart betroffen würden.

Interessant schien mir, dass in der Verlautbarung des Kantons Zürich gesagt wurde, für die Landwirtschaft würden gewisse Nachteile entstehen; die sehr bäuerlichen Kantone Graubünden und Jura hingegen sehen bei der

Einführung der Sommerzeit für die Landwirtschaft keine erheblichen negativen Auswirkungen.

Negative Auswirkungen sind aber bei der Bahn, wenn wir auf die Sommerzeit verzichten würden, vorhanden, und zwar schon jetzt. Ich möchte das nur kurz unterstreichen, um Ihnen ein Bild zu geben, wie die Situation für die Bahn sich präsentiert, welch unendlicher Arbeitsaufwand notwendig ist, um die Lücke, die jetzt entstanden ist, nachdem der ablehnende Entscheid gefallen ist, einigermaßen zu füllen: Die internationalen Züge treffen fahrplanmässig eine Stunde früher an den Grenzbahnhöfen ein und fahren eine Stunde früher weg. Die Schweizer Bahnen hatten nun innert kürzester Zeit die Transifahrpläne anzupassen, was nur durch eine Aenderung bei den Inlandreise- und Güterzügen möglich war. Besonders stark betroffen wurden die Transitlinien des Gotthards und des Simplons mit ihren Zufahrtlinien. Insgesamt mussten die Fahrpläne für rund einen Drittel sämtlicher Züge geändert werden, das heisst für 360 Schnell-, für 470 Regional- und für 860 Güterzüge neu angelegt und rund 1000 km Zusatzleistung je Tag eingefügt werden. Das ist ein ganz unerhörter Aufwand. Die Bundesbahnen haben uns das klargemacht: Wenn jetzt der Nationalrat wiederum die Vorlage ablehnen würde, dann würde sich diese ganze Prozedur, der sich die Bundesbahnen unterziehen müssten, nochmals wiederholen. Es sind bisher 1400 volle Mann-Tage notwendig gewesen, um alle diese Arbeiten zu verrichten; das würde sich dann wiederholen. Ich glaube, das ist einfach unzumutbar, besonders auch angesichts der Finanzlage unseres grossen Bahnunternehmens.

Ich bitte Sie daher aus allen diesen Gründen, dieser Vorlage nun zuzustimmen. Dann hat die Bahnseite grünes Licht, um an der europäischen Fahrplankonferenz im September dieses Jahres mit den konkreten Fahrplanvorschlägen für das nächste Jahr bereit zu sein.

Präsident: Es folgen nun die persönlichen Sprecher.

Rüttimann: Ich komme wie Herr Gautier nun auch zum drittenmal in dieser Frage an das Pult. Nicht deshalb, um unsere Engstirnigkeit, Uneinsichtigkeit und Sturheit erneut zur Schau zu tragen, wie sie uns der schweizerische Blätterwald im vergangenen Dezember zur Genüge zugebracht hat. Solche Schmeicheleien muss man in der politischen Szene, die nicht immer mild ist, ertragen können. Gegen was wir uns aber wehren, ist die Behauptung, es gelte heute, einen Fehlentscheid des Volkes von 1978 zu korrigieren. Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen – und das scheint der Fall zu sein –, so tun Sie das meiner Meinung nach nicht deshalb, weil es ein falscher Entscheid des Volkes war, sondern weil seit diesem letzten Entscheid offenbar andere Umstände eingetreten sind. Wir wären nicht zu stolz, einen Irrtum einzugestehen, aber die Gründe, die wir von jeher von der Landwirtschaft dagegen angeführt haben, sind heute noch genau die gleichen. Kollege Kunz hat vorhin freundlicherweise diese erneut angeführt. Ich will Sie vor einer Wiederholung bewahren. Man kann sich natürlich auch auf den Standpunkt stellen, die Bauern arbeiteten sowieso lange und hart, es komme auf eine Stunde mehr oder weniger nicht an. Leider sind wir aus beruflichen Gründen nicht in der glücklichen Lage, einen Drittel unserer Zeit für Ferien und Freizeit verwenden zu können, und deshalb wehren wir uns gegen dieses Vorhaben, die Arbeitszeit zu verlängern. Das werden Sie sicher begreifen. Wir wehren uns mit dem gleichen Recht, wie sie kürzlich der VPOD, Gruppe Bundespersonal, vernehmen liess: er wehrt sich für mehr Ferien, Freizeit, Teuerungszulage und schliesslich noch für Reallohnverbesserungen. Es kann deshalb auch uns nicht verärgert werden, wenn wir uns für unsere Sache wehren. Uebrigens sind es nicht nur die Bauern, die sich zur Wehr setzen; auch die Erzieher, die Aerzte, die Swissair und die Flughafenanoher sind heute schon mehrmals genannt worden. Letztere haben vor der Kommission beredte Klage geführt

durch ihren Präsidenten. Ich glaube, dass unsere lieben Flughafenanwohner zu spät kommen; sie hätten sich früher wehren sollen. Die Mehrheit des Schweizervolkes und des Parlaments ist offenbar nicht mehr bereit, das geneigte Ohr ihren Anliegen zuzuwenden; es sei denn, man nähme die andere Konsequenz in Kauf, nämlich dass die Swissair, wie sie geschildert hat, im Extremfall 80 Millionen Franken Ertragsausfall erleiden würde wegen Fallenlassens von Flügen in der lärmverbotenen Zeit. Ausgerechnet einem privatwirtschaftlich gutgeführten Betrieb mutet man das ohne Wimpernzucken zu, der glücklicherweise noch in den schwarzen Zahlen steht.

Wenn Sie aber nun die Sommerzeit einführen, d. h. mit dieser Vorlage dem Bundesrat die Kompetenz geben, auf die er verständlicherweise schon längst sehnlichst wartet, so bitte ich Sie, dem Postulat doch zuzustimmen, das Ihnen die Mehrheit der Kommission unterbreitet hat. Es geht darum, dass der Bundesrat auch in Zukunft die nachteiligen Auswirkungen für bestimmte Bevölkerungskreise verfolgt und allenfalls mit Nachbarländern wieder einen Schritt zurückmacht von dieser unnötigen und fragwürdigen Massnahme der Sommerzeit – ich wage dies zu behaupten –, weil die Expertise über die Energieersparnis eindeutig zu einem andern Schluss gekommen ist. Ich behaupte also, dass die Einführung der Sommerzeit eine fragwürdige Massnahme ist; man sollte so beweglich sein, den Schritt zurück zu machen, wenn andere Länder auch finden, man hätte damit nichts erobert.

Wir haben Ihnen keinen Antrag gestellt, aber wir werden uns in der Schlussabstimmung gegen die Vorlage wenden.

M. Grobet: Lors du scrutin sur le premier projet d'heure d'été, le canton de Genève avait été très largement favorable à cette adaptation de notre horaire à celui des autres pays européens. C'est évidemment aux endroits les plus proches des frontières que l'on se rend le mieux compte des problèmes que pose la disparité qui existe entre les horaires des différents pays européens et des raisons pour lesquelles il est impensable que notre pays ne s'aligne pas sur les autres pays. On ne peut à ce sujet que regretter que l'horaire d'été n'ait pas été introduit cette année déjà dans notre pays et notre Parlement aurait dû faire preuve de plus de courage à cet égard.

Dans l'immédiat, plusieurs problèmes vont se poser à part celui des liaisons de chemins de fer. Il y a entre autres le problème du trafic aérien, qui préoccupe particulièrement les cantons de Bâle, Zurich et Genève et au sujet duquel je me permets de dire quelques mots.

Tout à l'heure, M. Gautier s'est exprimé à propos du problème des vols longs-courriers avec les pays d'outre-mer, mais celui des courts- et moyens-courriers qui relient la Suisse avec les pays européens nous préoccupe encore davantage. Le décalage horaire entre la Suisse et les autres pays européens aura pour conséquence en Suisse de retarder l'arrivée et le départ des avions à destination des autres pays européens.

Or, vous savez que la loi fédérale sur la navigation aérienne prévoit des restrictions de vol à partir de 22 heures et une interdiction absolue à partir de 24 heures. Le refus de notre assemblée d'adopter l'heure d'été pour cette année déjà pourrait avoir pour conséquence une augmentation du nombre des vols de nuit, c'est-à-dire des vols après 22 heures, ce qui ne serait pas juste à l'égard des riverains des aéroports et il faut l'éviter, cela d'autant plus que les cantons sur le territoire desquels ils sont situés s'étaient prononcés en faveur de l'heure d'été en votation populaire. Ce n'est pas à ces riverains de faire les frais de la décision qu'a prise en son temps la majorité du peuple suisse.

J'invite en conséquence le Conseil fédéral à veiller à ce que l'Office fédéral de l'air n'accorde pas de dérogations en ce qui concerne les vols de nuit et intervienne énergiquement auprès de Swissair ainsi que des autres compagnies aériennes, afin d'obtenir si nécessaire la modifica-

tion de leurs horaires et d'éviter ainsi que le nombre des vols à partir de 22 heures augmente l'année prochaine.

Müller-Scharnachtal: 27 europäische Staaten leben im kommenden Sommer nach elf verschiedenen Zeitvarianten. Die Schweiz gehört indessen zu jenen fünf Staaten, die in diesem Jahr keine Sommerzeit haben werden. Das vordringliche Interesse unseres Landes liegt – das ist, glaube ich, jetzt deutlich klageworden – nicht in der Einführung der Sommerzeit, sondern in einer den ganzen westeuropäischen Raum umfassenden harmonisierten Zeitregelung. Von den vier schweizerischen Nachbarstaaten stellen die Bundesrepublik, Oesterreich und Italien ihre Uhren vom 6. April bis 27. September 1980 auf Sommerzeit um; Frankreichs Uhren gehen ab 6. April ebenfalls um eine Stunde vor, werden jedoch erst am 30. September wieder zurückgestellt. Die Schweiz wird für diesen Sommer als Insel ihrer eigenen Zeit nachleben. Solche Inselstellungen – so würde ich meinen – sind zwar für unser neutrales Land in politischer Hinsicht seit jeher eine Selbstverständlichkeit, sie prägen sogar das Bild unseres auf Unabhängigkeit bedachten Staates. Doch bei der Sommerzeit geht es nicht um eine ethische oder gar moralische Grundsatzfrage, sondern ausschliesslich um einen praktischen Sachverhalt, bei welchem der schweizerischen Eigenständigkeit als solcher kein zu grosser innerer Wert zukommt. Die Frage geht vor allem dahin, ob wir es uns angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit unseren Nachbarländern leisten können, der Tradition und den durchaus respektablen Bedenken, beispielsweise der Landwirtschaft, zu folgen und in der Zeitfrage abseits zu stehen.

Erstrebenswert ist – auch für die Schweiz – eine harmonisierte europäische Zeitregelung, wie sie diesen Sommer zehn Staaten haben. Zu einer solchen Regelung können auch jene Länder Hand bieten, deren Uhren nicht nach MEZ, sondern nach OEZ oder nach GMT gehen, indem sie ihre Uhren zum gleichen Zeitpunkt wie die andern MEZ-Länder auf Sommerzeit umstellen. Indessen bedeutet die Einführung der Sommerzeit ab nächstem Jahr alles andere als eine Ideallösung. Viel eher stehen wir unter Druck, von zwei Uebeln das kleinere zu wählen. Die hier mehrmals aufgezählten negativen Aspekte für die Landwirtschaft, unseren Luftverkehr, die Meteorologische Zentralanstalt, für die Begünstigung von Schwarzarbeit und so weiter sind bekannt. Andererseits überwiegen meiner Auffassung nach die positiven Aspekte beim internationalen Eisenbahnverkehr, beim Güter-, Post- und Nachrichtenverkehr mit dem benachbarten Ausland, im täglichen Leben der rund 50 000 Grenzgänger, bei unseren Fernsehzuschauern und Radiohörern und schliesslich beim Tourismus, so das ganz allgemein wesentliche Vorteile und Erleichterungen herauszuschauen werden. Nur schon das Beispiel der SBB, wonach diese bei Nichteinführung der Sommerzeit jährlich drei grundlegend voneinander abweichende Fahrpläne bearbeiten und publizieren müssten, zeigt, dass es jetzt wohl oder übel Zeit für die Sommerzeit ist.

Ich bitte Sie, Eintreten zu beschliessen.

M. Robbiani: Intervengo in italiano anche per ringraziare dell'aumento del contributo federale per la difesa della cultura italiana. La cultura non si difende, si promuove; e la cultura italiana non si sovvenziona, si pratica. Come per la cultura italiana, l'ora estiva è una questione di solidarietà. Ma solidarietà con chi? Con gli europei, con i tedeschi? O solidarietà confederale? Solidarietà con gli operatori turistici e i servizi di trasporto, o solidarietà coi contadini? Si può fare anche dell'ironia sulle mucche svizzere abitudinarie, ma è innegabile che l'ora legale prolunga la giornata del contadino. I ferrovieri hanno delle difficoltà, i contadini hanno dei problemi.

Sono molti del resto a interrogarsi sull'utilità economica dell'ora estiva. Il risparmio energetico, secondo i calcoli, sarebbe dello 0,2 per cento. Sembra che sia una moda più

che un'esigenza di risparmio energetico. C'è anche chi non condivide la procedura adottata con il decreto d'urgenza, con il «Nein» detto a romandi e ticinesi quando chiedevano la normalizzazione con l'Italia e la Francia, e la procedura d'urgenza quando la Germania, la Germania dell'Est anzi, e l'Austria hanno deciso di ritoccare le lancette.

C'è chi dubita perfino delle argomentazioni addotte, in particolare della difficoltà o dell'impossibilità di diffondere d'estate dei programmi televisivi europei. Se i «Giochi senza frontiere» saranno diffusi in differita e non in diretta, l'integrazione europea non sarà minacciata!

Personalmente ho votato contro la procedura d'urgenza poiché non si può soltanto piagnucolare sul tasso di partecipazione o piuttosto di non-partecipazione, e ieri questo tasso è stato del 66 per cento ed stato un cattivo omaggio alle 300a votazione popolare della Confederazione contemporanea. Non si può piagnucolare sulla non-partecipazione e poi umiliare e disattendere la democrazia diretta.

Adesso voterò a favore poiché la normalizzazione è nelle attese popolari (vedremo se della maggioranza o della minoranza qualificata), poiché due anni e mezzo dopo una volontà popolare può ragionevolmente essere cambiata, perché la democrazia diretta deve rispettare le forme e contenuti ma anche la democrazia diretta è dinamica e non statica, perché i cantoni sono pregiudicati e specialmente i cantoni di confine. Il cantone Ticino non sarà pregiudicato da quest'anno, ma è pregiudicato da sei anni, da quando è stata introdotta l'ora estiva in Italia. Ma voto con una piccola riserva mentale, e la riserva è questa: tutti dovrebbero essere coscienti e riconoscere le ragioni, se non i buoni diritti, dei contadini. I contadini, d'altro canto, dovrebbero praticare quella che è la loro filosofia tradizionale: il buon senso. Il Parlamento registri che ancora una volta i contadini danno prova di buon senso e di solidarietà confederale, e riservi qualche cosa di più dell'ironia sulle mucche e delle sovvenzioni alla Svizzera agricola. Non si tratta di risarcire il fuori-orario estivo, ma di considerare anche questo plus-lavoro quando si discuterà di politica agricola. Considero inoltre pertinente la seconda parte del postulato della commissione, laddove si invita a riferire ogni anno nel rapporto di gestione sulle conseguenze positive e negative del cambiamento d'orario, mentre la prima parte la considero un ulteriore tentativo di bloccare le lancette. Infine, ricordando ancora la votazione di ieri e il 66 per cento di astenuti, vorrei che l'astensionismo fosse invocato quale giustificazione della reticenza di quanti, in novembre, votarono no per far rispettare i diritti popolari. E bisognerà preoccuparsi anche dell'ora che segna la nostra democrazia diretta: un'ora ormai ritardata.

Bundesrat Ritschard: Es sind hier alle Argumente für und gegen diese Vorlage dargelegt worden. Ich kann Ihnen namens des Bundesrates zusichern, dass wir gewillt sind, laufend alle Vor- und besonders auch alle Nachteile dieser Sommerzeit zu überprüfen. Ich glaube, darauf haben alle jene Anspruch, die hier aus achtbaren Gründen Bedenken angebracht haben. Ich kann Herrn Gautier und Herrn Grobet zusichern, dass das Luftamt jetzt schon den Auftrag erhalten hat, den ganzen Fragenkomplex bezüglich der Sperrzeiten, vor allem in der Nachtzeit, mit der Swissair zu besprechen. Ich glaube, die Hoffnung ist berechtigt, dass man hier zusammen mit unserer nationalen Fluggesellschaft Lösungen finden wird, die zu nicht allzu grossen Nachteilen führen werden.

Es wird unsere Pflicht sein, die Frage der Weiterführung der Sommerzeit, für den Fall, dass sie einmal eingeführt wird, laufend neu zu überprüfen und jedes Jahr wieder darüber Beschluss zu fassen. Wir sind auch gewillt, die internationale Entwicklung auf diesem Gebiet laufend zu beobachten, die selbstverständlich auch unsere Entscheidungen jeweils beeinflussen wird.

In diesem Sinne kann ich Ihnen erklären, dass wir das Postulat der Kommission entgegennehmen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Gesamtberatung – Traitement global du projet

Titel und Ingress, Art. 1–3

Titre et préambule, art. 1 à 3

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes

117 Stimmen

Dagegen

30 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Ad. 79.075

Postulat der Kommission des Nationalrates.

Sommerzeit. Beschlussfassung und Berichterstattung

Der Bundesrat wird eingeladen zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, seinen Entscheid über die Einführung der Sommerzeit erst zu treffen, wenn erste Erfahrungen aus der Nichteinführung vorliegen, also kurz vor der Europäischen Fahrplankonferenz im September 1980.

Führt er die Sommerzeit ein, so wird er ersucht, im Geschäftsbericht jährlich über die Auswirkungen zu berichten.

Ad 79.075

Postulat de la commission du Conseil national.

Heure d'été. Décision et rapport

Le Conseil fédéral est invité à examiner s'il ne serait pas opportun de reporter sa décision sur l'introduction de l'heure d'été à une date proche de la réunion de la conférence européenne de l'horaire, lorsqu'on disposera des premières constatations faites durant une période vécue sans changement d'heure.

Si l'heure d'été devait être introduite, le Conseil fédéral serait invité à s'exprimer chaque année, dans le rapport de gestion, sur les conséquences de ce changement d'heure.

Präsident: Wir behandeln noch das Postulat der Kommission. Wird es aus der Mitte des Rates bekämpft? – Das ist nicht der Fall.

Ueberwiesen – Transmis

79.404

Interpellation Hubacher

SKA-Prozess und alt Bundesrat Celio

Procès du Crédit Suisse.

Ancien conseiller fédéral Celio

Siehe Jahrgang 1979, Seite 1398

Voir année 1979, page 1398

Diskussion – Discussion

Bundesrat Ritschard: Ich habe nur eine kurze Erklärung abzugeben. Der Bundesrat hat in der Beantwortung der

Zeitgesetz

Heure suisse. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1980
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	01
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	79.075
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	03.03.1980 - 15:30
Date	
Data	
Seite	2-9
Page	
Pagina	
Ref. No	20 008 344

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.